

Hallische Zeitung

vorm. im G. Sawelschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Insertionsgebühren für die Hauptpatrone...

Nummer 5.

Halle, Dienstag 7. Januar 1890.

182. Jahrgang.

Freunde und Feinde des Schutzzolls.

An eine jede neue Erscheinung, an jede durchgreifende Maßregel, sei es im Leben der Völker oder des Einzelnen, drängen sich übertriebene Befürchtungen wie also große Hoffnungen.

Bei den Befürchtungen brauchen wir heute nur in so weit zu sprechen, als jeder Theil der Freihändler in Betracht kommt welcher aufsidig und eifrig der Meinung war, daß die Schutzzölle der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands Hindernisse schlugen würden.

Von Seiten der Schutzzöllner aber ist man in mander Beziehung zu weit gegangen in den Hoffnungen und Erwartungen, welche sich an die große Reformarbeit knüpfen.

Die Wirtschaftreform von Jahre 1879 konnte, wenn man alle Verhältnisse und die Zeitumstände berücksichtigend, in den ersten Jahren infolge nur negative Resultate liefern, als sie die fortwährende Verarmung des deutschen Volkes und den bereits weit gediehenen Verfall der deutschen Arbeit verhindern sollte, dadurch, daß sie der Ausbreitung Deutsch-

lands durch fremde Fabrikanten und Händler des Auslands einen Rückstoß vorhob. Daß dieser Zweck erreicht worden, beweisen fortgesetzt die heftigen Klagen der ausländischen Fabrikanten, Klagen, welche bekanntlich von unseren kosmopolitischen Freihändlern eifrig unterstüzt werden.

Der andere Zweck der deutschen Wirtschaftsreform ist positiver Art; es handelt sich darum, der deutschen Arbeit Absatz im Auslande zu verschaffen; er ist erst zum Theil erreicht, da hierin noch Mangel an Vieles übrig bleibt. Aber konnte man billigerweise erwarten, daß beide Resultate in so kurzer Zeit vollständig und gleichzeitig erreicht würden? Es handelte sich ja nicht bloß um die Einführung höherer Zölle, sondern dieselben sollten erst eine Reform und Kräftigung der deutschen Arbeit bewirken, damit dieselbe die Fähigkeit erhalte, mit der Arbeit anderer Länder, welche durch höhere Zölle längst groß geworden war, in den ebenbürtigen Wettkampf einzutreten.

Vermischte politische Mittheilungen.

* Königl. Hoheit der Großherzog von Hessen begibt sich, scheinbar Besuchen nach, am 11. Januar, einer Einladung Sr. Majestät des Kaisers folgend, nach Berlin zur Hofjagd im Grunewald.

* Königl. Hoheit der Erbprinzessin von Hessen wird zum Herbst die Hochschule in Gießen besuchen; bis dahin seht er seine Studien in Leipzig fort.

* Oberbürgermeister Dr. Wiquel ist soweit wieder hergestellt, daß seine völlige Genesung baldigt zu erwarten ist.

* Eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums fand am Sonntag den 5. Januar statt.

* Ein Artikel unseres Kaisers über die türkische Armee. Wie den Times über Wien gemeldet wird, soll Sr. Majestät sich jüngst in militärischen Kreisen in Berlin dahin geäußert haben, daß seine Entschlossenheit die türkische Armee sich in einem ansehnlichen Zustande der Organisation befände und wohl im Stande sei, den militä-

rischen Erfordernissen des osmanischen Reichs zu entsprechen. Ein Krieg gegen die Türkei, sagte der Kaiser, würde künftighin ein kühnes und schwieriges Unternehmen sein, und eine jede Macht dürfte wohl zögern, sich dem Risiko eines solchen Wagnisses auszulassen.

* Kaiserlicher Befehl. Die Weber Sta. meldet: Sr. Majestät der Kaiser hat dem Prinzen Leopold von Coburg, des Reichskanzlers Stabs, Mitglied des Generalstabes, und Paul v. Merlau, Coburg des Generalstabes, v. Merlau, welche am 23. August v. J. an der Spitze immer Dames Zaren Reichsleit der dem Einzuge in Belgien beauftragt überreicht haben, Präsiden mit der Offiziere überreichten und einvernehmlich Datum durch den Bürgermeister überreichten lassen.

* Berufsberatung (Bohnt) ist Hin! Eine gerichtliche Entscheidung über die Strafbarkeit der öffentlichen Achtung von Gewerbetreibenden, wie sie von sozialdemokratischer Seite neuerdings vielfach zur Anwendung gebracht wird, ist nunmehr in erster Instanz erfolgt. Die „Köln. Zig.“ meldet: Zwei Personen, welche ein Flugblatt mit einer gegen einen Hofhof in der Nähe von Dresden gerichteten Berufsberatung verbreitet hatten, waren von der Amtsgerichtspräsident als Polizeibehörde wegen großen Unfugs mit je 15 M. Geldstrafe belegt worden und hatten auf gerichtliche Entscheidung angetragen. Das Schöffengericht fand die Strafe noch zu gering und erhöhte sie auf zehnjährige Haft.

* Naturwissenschaftlicher Unterricht. Der Kultusminister hat an sämtliche Provinzial-Schulkollegien einen Erlaß gerichtet, in welchem er betont, wie selbst seit der Einführung der Lehrpläne von 31. März 1882 auch unter den Lehrern der Gymnasien das Bestreben hervorritt, den naturwissenschaftlichen Unterricht überhaupt und den naturwissenschaftlichen Unterricht insbesondere auch methodisch zu fördern. Daß die notwendige Voraussetzung eines erfolgreicheren naturwissenschaftlichen Unterrichtes vor allem gezielte Anschauungsmittel, seien es Abbildungen der Naturgegenstände oder Modelle, bilden, ist, so sagt der Minister, bei diesem vorzugsweise auf Anschauung und Beobachtung gegründeten Lehrgegenstand selbstverständlich. Weilen in jeder Beziehung im allgemeinen manche der vorhandenen Lehrmittel und in größeren Städten auch die zoologischen und botanischen Gärten treffliche Dienste, so ist doch jeder Verzicht erwünscht, die Anschauungsmittel in zweckmäßiger Weise zu verwenden und vor allem die Naturgegenstände selbst den Schülern nahe zu bringen. Solche durch die Erfahrung bereits bewährten Versuche, die für den Unterricht nöthigen Schulgegenstände den Schülern zu liefern, bieten d. i. Schulgärten in mehreren großen Städten, z. B. in Berlin und Posen. Der Minister fordert deshalb die Provinzial-Schulkollegien an, nicht zu unterlassen, auch in ihren Bezirken die Förderung derartiger Veranstaltungen sich anzuwenden und zu lassen und insbesondere die Direktoren und Schulverwalter dafür zu interessieren.

* Der landwirtschaftliche Verein für den Kreis Pletz hat schließlich Wänter zufolge an den Finanzminister eine Petition gerichtet, dahin wirken zu wollen, daß a. die gemäß § 119 des Vereinsgesetzes vom 1. Juli 1869 inwärtig des Grenzgebietes bestehende Transportkontrolle, inwieweit dieselbe mit der Verbindung des Schumanns nur immer vereinbar erscheint, erledigt werden und b. die

Offener Brief an die römisch-katholischen Erzbischöfe und Bischöfe im deutschen Reich.

Seine ewigliche Antwort auf den Fuldaer Hirtenbrief. (Schluß.)

Wir kommen zum Schluß. Ihr Hirtenbrief endet mit beweglichen Versicherungen von der tiefsten Friedensliebe gegen die „Andergläubigen“ und von der großzügigsten Toleranz Ihrer Kirche.

Aber, hochwürdigste Herren, Ihre Kirche darf ja gar nicht tolerant sein! Sie sind es auch nicht.

Auch hier begegnet uns wieder die beleidigende Behauptung, die wir schon oben tabeln mußten: daß die katholische Kirche das Reich und der geistige Leib Christi sei.

Das ist sie nicht, sondern sie ist ein Glied an diesem Reiche, wie es nach Gottes Willen für die zeitliche Entwicklung seines Reiches andere Zeitritzen auch sind, und zwar ein recht krankes und gefährdetes Glied.

Es ist fähig, zu meinen, jeder Bekante werde Ihrer Kirche einverleibt und gehöre im Grunde unter die Gerichtsbarkeit des Papstes.

Dies ist Ihre Toleranz! Alle Getauften nehmen Sie für sich in Anspruch; dieselben können auch selbst werden, so lange sie bloß im Irthum dahinleben; sobald sie aber mit Bewußtsein sich gegen die Härten Ihrer Kirche wenden und überzogene Anhänger ihres Bekenntnisses werden, dann sind sie als „formale“ und nicht nur „materiale“ Ketzer rettungslos verloren! Denn „nur die katholische Kirche“, so lehrt Ihr Katechismus, „wird von dem heiligen Geist regiert, aber alle, die außer ihr auf den Namen Kirche Anspruch machen, werden gelehrt von dem Geist

des Teufels“). Und „Verflucht“ heißt es im Botschaft von 1870, „verflucht ist, wer behauptet, daß die Intoleranz, mit welcher die katholische Kirche alle religiösen Sekten, die von ihrer Gemeinschaft getrennt sind, verwirrt und verdammt, nicht durch das göttliche Recht vorgeschrieben werde!“

Hochwürdigste Herren! Das große Concil, welches nach ersten Gewissensprotesten Ihrer angezweifelten Kollegen den Papst unfehlbar gemacht hat, besteht Ihnen unter Billigung desselben infallibel Gewordenen, alle religiösen Sekten zu verwirren und zu verdammen — und Sie weichen „mit Alledem die Behauptung zurück, daß Sie Andersgläubige für verdammt halten?“

Haben nicht auch Elliche unter Ihnen den Befehl des Botschafts, intolerant zu sein, bis soweit Folge geleistet, daß sie, trotz der ihnen vorgelegten antiligen Bezeichnungen über rechtmäßig vorgelegte Tausen von Protestanten, bei dem letztenmal derselben zur römischen Kirche democh eine Wiederkehr haben vornehmen lassen? Wenn Sie diese Behauptung in Ihrem Schreiben zu „einem bedauerlichen Mißverständnisse“ (stempeln, so müssen wir Sie auf die von uns veröffentlichten antiligen Redewendungen) aufmerksam machen, die Ihrer Alesungung den Boden unter den Füßen wegnehmen. Die Wiederkehrprotest selbst aber, das möchten wir Ihnen noch zu bedenken geben, hebt die bisherige römische Anschauung; wir taufen unsre Kinder für Ihre Kirche — für die Folgezeit auf!

Erlauben Sie uns weitere Überlegungen Ihrer Behauptungen. Wir würden unsers Ueberflüssiges thun, wollten wir aus der Geschichte nachweisen, wie die von Ihrer Kirche gebotene Intoleranz Ströme von Blut hat fließen lassen, zahllose Scherbenhaufen errichtet, aber unser Volk den Jammers des dreißigjährigen Krieges, aber anderer durch gewaltsame Verdrängung des Protestantismus die innere Verdrängung und

*) Cant. Rom. I. 10. 18. *) Omnia Concilii Vaticani documenta collecta per Conradum Martin, episc. Fulden. Paderborn 1873. p. 61. *) Anghelstein des Evang. Bundes Nr. 38. Neber Katholische Reichstags. 1890. Leipzig.

eine Kette von Revolutionen und Zerrüttungen gebracht hat. Wer an dem gegenwärtig wieder lobenden konfessionellen Kompromiß sich ist, weiß jeder Elliche, sonst konnten es ihm die Bischöfe sagen, die auf dem vatikanischen Concil den Papst unfehlbar machen, er möge durch Nichtverbindung der unbedingten päpstlichen Unfehlbarkeit der Kirche und der Welt den Frieden erhalten.

Wir ferner die Päpste, wenn es ihrer Politik angehehen schien, die Völker von Unterthanen gegen ihre Fürsten einbanden und mehr als einmal Bürgerkriege entfesselt haben — das ist zu weltbekannt, als daß wir es ausführen müßten. Wir wollen nur daran erinnern haben: Ihre Versicherung in das rechte Licht zu setzen: „Inmitten haben sie (die Nachfolger Petri) allen Gläubigen ohne Unterschied den schuldigen Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit und die Liebe und Treue gegen das irdische Vaterland als Gewissenspflicht eingeschärft und durch Wort und Beispiel verknüpft.“

Es genüge an dem Gesagten. Ihre Ermahnungen zur Liebe und Duldung werden erst dann bei Ihren Diözesanen Erfolg haben, wenn Sie sich entschließen könnten anzuerkennen, daß unser Herr im Himmel nicht nur in der unter den römischen Päpste gestellten Christenheit seine Kirche und Glieder des Reiches sein Christi hat, sondern daß auch wir als Kirche unser heiliges und unantastbares Recht haben. „Die konfessionelle Friebe“, so sagen Sie ganz richtig, „ist nur dadurch zu erreichen, daß jeder Theil seine heiligen Rechte und Interessen vollkommen gesteht weis.“ So lange aber Ihre Katholiken“ das Volk lehren: „Die Kirche ist die Gemeine aller rechthabigen Christen auf Erden, die vereinigt sind unter einem gemeinamen Oberhaupt, dem Papste, und den ihm untergeordneten Bischöfen“, solange können Sie mit uns nicht im Frieden leben. Wir haben auch für die römische Christenheit trotz aller ihrer schweren Zerkümmern und schmerzlichen Mißbräuche in unserm Be-

*) Ref. J. V. Reichl. Katholizismus für das Bisthum Bodeborn. 28. Auflage. 1888. S. 101.

